

## Ein Steuersystem zur Sicherung der Demokratie

*Seit etwa 40 Jahren geht die Schere zwischen reich und arm wieder auseinander mit negativen Folgen für die Gesellschaft. Davor gab es eine Phase seit dem 2. Weltkrieg, während der die Ungleichheit in vielen Ländern abnahm. Die Steuergesetzgebung spielte dabei eine wichtige Rolle.*

*Wir stellen hier auf Basis der Erfahrungen der Vergangenheit, der aktuellen Daten und der wissenschaftlichen Diskussionen<sup>1</sup> dar, wie ein Steuersystem aussehen müsste, das Ungleichheit wieder reduziert und das zugleich finanziell sowie ökologisch nachhaltig ist; oder anders formuliert – das dem Anspruch einer demokratischen Gesellschaft gerecht wird. Dabei sind wir – nicht verwunderlich – bei den Steuersätzen des ‚Teilhabekapitalismus‘ der Wirtschaftswunderzeit gelandet.*

*Wir haben unseren Diskussionsvorschlag sehr konkret gehalten, um eine Debatte, die bereits international in vielen Staaten geführt wird, auch in Deutschland anzustoßen. Dabei sind die jeweiligen Zahlen nur als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Es geht uns vor allem um die Größenordnung der Veränderung, die bewirkt werden muss, wenn wir das Versprechen der Demokratie einlösen wollen.*

### 1 Steuern, Abgaben und Demokratie

Das Steuer- und Abgabensystem als sekundäres staatliches Umverteilungssystem hat eine zentrale Bedeutung für die politische Steuerung einer Gesellschaft. Denn die Steuern und Abgaben sind für die Gestaltung der Wirtschaft, des Sozialsystem, der Umwelt, der Kultur, des Verkehrs, des Bauwesens usw. von genauso großer Bedeutung wie die primäre Umverteilung durch Löhne und Gehälter, das Ordnungsrecht oder finanzielle Förderungen und Investitionen.

Was aber hat ein Steuersystem mit Demokratie zu tun?

Für die meisten Menschen – insbesondere die Menschen der ärmeren Hälfte der Gesellschaft – bedeutet Demokratie nicht nur ein abstraktes System von Regeln, wie die Regierung gewählt wird oder wie die Gewaltenteilung organisiert wird. Sie erwarteten von der Demokratie vor allem weniger Ungleichheit. Demokratie bedeutete für die Armen vor allem eine Regierung, die das Versprechen einer gerechten Gesellschaft einlöst. Wenn dieses Versprechen aber immer weniger gewährleistet wird, dann geht für viele Menschen der Sinn der Demokratie verloren.

### 2 Die Entstehung des Sozialstaates und die Krise der Demokratie

Tatsächlich nahm mit dem Durchbruch der parlamentarischen Demokratie nach dem ersten Weltkrieg über mehr als 50 Jahre lang die Ungleichheit ab. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt stieg in allen entwickelten Ländern von unter 10 Prozent des Nationaleinkommens auf 35 bis über 50 Prozent an. Heute werden in der Regel 70 bis 80 Prozent der Staatsausgaben für das Sozialsystem, die

---

<sup>1</sup> Siehe [Piketty 2014 und 2018], [Zucman ua 2020], [Alvaredo ua 2018]

Kinderversorgung und die Bildung getätigt. Parallel dazu wuchs die Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie.

Beginnend mit den 1980er Jahren kippte die Entwicklung. Die Steuersätze für Reiche und Unternehmen wurden zunächst in den USA – aber nach und nach auch in anderen Ländern – mehr oder weniger radikal gesenkt. Nun nahm die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen weltweit wieder rasant zu. In Deutschland ist das Vermögen der Milliardäre ausgerechnet im Coronajahr 2020 um 178 Mrd. Euro oder 40% gewachsen. Die Familien der superreichen Milliardäre haben sich zu einer neuen Finanzaristokratie entwickelt.

Auch der Einfluss internationaler Konzerne auf die Politik wächst. Insbesondere sind Monopole auf Basis von digitalen Plattformen entstanden, die die sozialen Medien beherrschen und zunehmend auch die klassischen Medien übernehmen.

Immer offensichtlicher wird, dass die Steuergesetzgebung vorrangig im Interesse dieser Finanzaristokratie und der großen Konzerne gestaltet wird. Es werden bereits Gesetzentwürfe von Beratungsunternehmen in deren Interesse gestaltet. Die Reichen dominieren immer offensichtlicher die Politik, als dass die Politik den Reichen Grenzen setzt.

Statt für alle die Teilhabe an der gemeinsamen wirtschaftlichen Anstrengung zu sichern, ermöglicht die aktuelle Politik konservativen und reaktionären rechten Parteien die Angst vor Globalisierung und Migration zu schüren. Dies führt in einzelnen Ländern bereits zur Dominanz populistischer Regime, die nach diktatorischer Macht streben. Für die Zukunft der Demokratie hat deshalb die Konzeption eines gerechten und nachhaltigen Steuer- und Abgabensystems<sup>2</sup> eine zentrale Bedeutung gewonnen.

### 3 Die internationale Dimension

Die wirtschaftliche Verflechtung der Staaten und die Bedeutung internationaler rechtlicher Regelungen nimmt zu. Deshalb kann der Kampf für Gerechtigkeit nicht nur im Rahmen der Nationalstaaten geführt werden oder gar als Kampf für die besten Verwertungsbedingungen des eigenen Nationalstaates gegen andere.

Die Hoffnung, im Nationalstaat die Macht internationaler Konzerne und der globalen Geldströme brechen zu können, ist verfehlt. Daher müssen nationale Regelungen ergänzt werden durch internationale Vereinbarungen auf europäischer und globaler Ebene. Die Nachhaltigkeitsziele der UN<sup>3</sup> sind ein erster Schritt dahin. Steuerkonzepte, wie die Gesamtkonzernsteuer für internationale Unternehmen und Mindeststeuersätze, werden auch längst auf internationalen Konferenzen diskutiert und entschieden.

Insbesondere im Bereich der Steuerregelungen ist jedoch eine Verstärkung der Kompetenz der UN notwendig, um Steuerdumping zu verhindern und die Belange der Länder des globalen Südens angemessen berücksichtigen zu können. Bisher gibt es immer noch keine Steuerbehörde der UN, da die Industriestaaten weiter darauf bestehen, die Verhandlungen im Rahmen der exklusiven OECD zu führen. Die Forderung nach der Einrichtung einer ‚Framework Convention on Tax Cooperation‘ im Rahmen der UN (UN FCTC) wird aber immer offensiver gefordert.

---

<sup>2</sup> Wir benutzen den Begriff *Abgabensystem* als Oberbegriff für Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstige Abgaben.

<sup>3</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Ziele\\_für\\_nachhaltige\\_Entwicklung](https://de.wikipedia.org/wiki/Ziele_für_nachhaltige_Entwicklung)

Wir unterstützen dieses Bestreben auf vielfältige Weise, denn das Netzwerk Steuergerechtigkeit, an dem Attac beteiligt ist, operiert sowohl auf europäischer Ebene (Tax Justice Europe – TJE) wie auch weltweit (Global Alliance for Tax Justice – GATJ) mit Unterorganisationen auf allen Kontinenten. Wir verstehen daher unser Steuerkonzept auch als Beitrag für die internationale Diskussion.

Allerdings darf diese Forderung nicht missverstanden werden. Sie ist keine Begründung dafür, heute in Deutschland oder in der EU nicht tätig zu werden. Deutschland, und erst recht die EU, haben ein ausreichendes Gewicht, gute Standards für ihre Staatsbürger und hier tätige Firmen auch unilateral durchzusetzen, wie das die USA und China heute schon oft ohne Absprache praktizieren.

## 4 Grundgedanken unseres Steuerkonzeptes

**Verlagerung der Steuerlast von Arbeit zu Vermögen:** Deutschland ist eine Steueroase für Vermögen. Daher soll die Steuerbelastung auf Einkommen aus Arbeit für den Großteil der Bevölkerung gesenkt und die auf Vermögen und Kapitaleinkommen deutlich erhöht werden. Denn gegenwärtig wird Einkommen aus Erwerbstätigkeit hoch mit Steuern und Abgaben belastet, während Vermögen und Einkommen aus Vermögen gering (Abgeltungssteuer), kaum (Firmenerben) oder gar nicht besteuert (nicht ausgeschüttete Gewinne) wird. Im Sinne einer gerechten Steuerbelastung muss dies verändert werden.

**Erhöhung des Staatsanteils an der Wertschöpfung:** Das Abgabensystem soll ausreichende Finanzmittel bereitstellen, um einen modernen Sozialstaat mit einem zeitgemäßem Bildungssystem, mit stabilen Sozialsystemen für Gesundheit, Pflege, Alter und Arbeitslosigkeit und sonstige Risiken, sowie eine moderne öffentliche Infrastruktur die Erhaltung einer gesunden Umwelt finanzieren zu können. Dafür ist eine Staatsquote zwischen 50% und 60% des Bruttoinlandsproduktes notwendig. Dass dies möglich ist zeigt sich auch im internationalen Vergleich.

Die Notwendigkeit der Steigerung des Staatsanteils wird durch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung verursacht. Technische Fortschritte im Rahmen der industriellen Revolution riefen die Verlagerung der Masse an Beschäftigung von der Landwirtschaft zur industriellen Güterproduktion hervor. Gegenwärtig stehen wir voll im Wandel weg von der Produktion, die immer weniger Menschen benötigt, zu Dienstleistungsaufgaben, insbesondere in den sozialen und infrastrukturellen Bereichen. Privatwirtschaftliche, gewinnorientierte Organisationsformen sind dort aber nicht optimal. Privat-Öffentliche-Partnerschaften die zu übersteuerten Kosten betrieben werden oder gar scheiterten zeugen davon. In diesen Bereichen müssen staatliche Einrichtungen in vielfältigen Formen unter gesellschaftlicher Kontrolle neu geschaffen oder ausgebaut und finanziert werden.

Piketty kommt in seinen historischen Studien zum Ergebnis, dass das wirtschaftliche Wachstum nicht von niedrigen Steuern abhängt, eher im Gegenteil. Die Zeiten mit den höchsten Steuern in Europa und den USA – also die Zeit von 1950 bis 1980 – waren zugleich die Jahre mit dem größten Wirtschaftswachstum. Die Ursache liegt darin begründet, dass das Einkommen der unteren Schichten in den Konsum fließt, so die Nachfrage vergrößert – und damit auch die Wirtschaft und die Investitionen stärkt. Dagegen steigert das Wachstum des Vermögens der Reichen oft nur den Wert der Kapitalanlagen, ohne dass es automatisch zu Investitionen kommt.

**Stärkung der Kommunen und Regionen:** Wir schlagen eine weitgehende Dezentralisierung der Finanzmittel nach dem Vorbild von Dänemark und der Schweiz vor, wo über die Hälfte aller staatlichen Ausgaben auf kommunaler Ebene getätigt werden. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Quote der Kommunen nur bei 16 Prozent. Jede Ebene soll sich möglichst autonom finanzieren. Dieses Konzept erhöht die Akzeptanz der Demokratie und der Steuerzahlung, da Bürger\*innen weit eher bereit sind, Steuern an

ihre Kommune zu zahlen als an den Zentralstaat. Ergänzt wird dieses Konzept durch einen **Finanzausgleich**, der strukturschwache Kommunen unterstützt. Er soll überall gleiche Lebensbedingungen ermöglichen und Landflucht vermeiden.

## 5 Steuern und Abgaben auf Umsätze und Verbrauch

**Mehrwertsteuer:** Eine der Hauptsteuerquellen ist die Mehrwertsteuer. Da sie einen wichtigen Beitrag zur Grundfinanzierung der Staatsausgaben liefert, soll sie beibehalten werden. Allerdings wollen wir den reduzierten Steuersatz abschaffen, und stattdessen den steuerfreien Bereich über Mieten hinaus ausweiten und z.B. pflanzliche Grundnahrungsmittel von der Mehrwertsteuer ganz freistellen.

**Finanztransaktionssteuer:** Es soll eine Finanztransaktionssteuer von 0,5% auf alle Finanztransaktionen im Handel mit Aktien, Anleihen und Devisen sowie von 0,1% auf den Nominalwert von Derivaten eingeführt werden. Durch die Besteuerung werden die meisten rein spekulativen Geschäfte unrentabel und die Finanzwirtschaft wird endlich an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben angemessen beteiligt.

**Klimaabgaben** sollen auf alle Treibhausgase entsprechend ihrer Treibhauswirkung erhoben werden mit einem Basiswert für 2020 von 50 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent und einer jährlichen Steigerung von 10 Euro. Die Steigerung kann aufgrund einer jährlichen Evaluation variiert werden. Dies entspricht einer Auswertung der einschlägigen wissenschaftlichen Studien<sup>4</sup>.

Ein erheblicher Teil der Einnahmen aus der Klimaabgabe soll pro Kopf in Form eines Bürgergeldes an alle Bürger\*innen zurückgezahlt werden. Das ist sozial und klimapolitisch gerecht, da viele Studien zeigen, dass die Klimaemissionen von Geringverdienern weit unter denen von Spitzenverdienern liegen. Dies ist auch notwendig, damit Klimapolitik nicht den Lebensstandard der Einkommensschwächsten gefährdet.

**Mineralöl- und Kfz-Steuern:** Die Mineralölsteuer läuft mit der Umstellung auf Elektro-Fahrzeuge aus. Dafür sollte die Kfz-Steuer schrittweise deutlich erhöht werden und dabei mit wachsendem Energieverbrauch stark progressiv ansteigen. Ergänzt werden soll sie durch eine kommunale City-Maut in den Städten und eine beispielsweise nach Gewicht und PS gestaffelte Autobahnmaut für alle Fahrzeuge.

Die Kfz-Steuern sollen der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und der Verkehrsinfrastruktur dienen. Zielsetzung ist die Verlagerung des Fern-Verkehrs und des Stadtverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder. Keine Maut wird für den Individualverkehr im ländlichen Raum erhoben, solange es dort nur begrenzte Alternativen gibt.

**Luxussteuern** sind eine sinnvolle Ergänzung des Steuersystems. Sie sollen auf Waren erhoben werden, die fast ausschließlich von der Oberschicht gekauft werden (teurer Schmuck, teure Autos, teure Yachten, Kunstwerke usw. jeweils oberhalb einer Luxusschranke). Luxussteuern haben sowohl eine erwünschte verteilungspolitische, aber meist auch eine ökologische Komponente. In der EU gibt es Luxussteuern u.a. in Finnland, den Niederlanden, sowie in Dänemark eine progressive Registrierungssteuer für große teure PKWs in Höhe von bis zu 180 Prozent des Kaufpreises.

## 6 Umverteilen durch Steuern

Ziel des Steuersystems soll eine von allen Menschen akzeptierte Verteilung der Einkommen und Vermögen sein. Ein solches Steuersystem ist keine utopische Phantasie. Es war vielmehr in den 1950-er Jahren in vielen Staaten Praxis. In den USA lag der Spitzensteuersatz für Einkommen noch unter J. F. Kennedy

---

<sup>4</sup> Handbuch Klimaschutz

bei 91% und der auf Erbschaften bei 75%. Damals kam es zu einer erheblichen Umverteilung der Vermögen und zur Entstehung der sogenannten Mittelschicht.<sup>5</sup>

**Obergrenze für Einkommen:** Für Einkommen soll es eine Obergrenze von 2 Mio. Euro pro Jahr geben. Als Einkommen zählt auch jeder Vermögenszuwachs. 2 Mio. Euro ist etwa das 100-fache eines Arbeitseinkommens auf Basis des Mindestlohns. Diese Einkommensspreizung sollte in einer demokratischen Gesellschaft ausreichen und das Maximum darstellen.<sup>6</sup>

**Obergrenze für Vermögen:** Für Vermögen soll es eine Obergrenze von 20 Mio. Euro geben. 20 Mio. Euro ist die Grenze zwischen mittelständischen und Großunternehmen. Von einem solchen Vermögen können die Besitzer\*innen selbst bei den im Steuerkonzept vorgeschlagenen hohen Steuerquoten gut leben, ohne zu arbeiten.

**Zeitliche Begrenzung:** Heute bilden die Besitzer\*innen großer Vermögen einen Erbadel. Die Basis von drei Vierteln der Großvermögen entstand vor Ende des 2. Weltkrieges – die Hälfte stammt sogar noch aus dem Kaiserreich.<sup>7</sup> Dies ist nicht verträglich mit dem Anspruch an Gerechtigkeit, Durchlässigkeit und Chancengleichheit in einer Demokratie. Deshalb sollten die kumulierten Steuersätze bewirken, dass große Vermögen über mehrere Jahrzehnte hinweg abgeschmolzen werden.

**Substanzbesteuerung:** Um die oben genannten Ziele zu erreichen, muss der resultierende Spitzensteuersatz auf Einkommen unter Einbeziehung aller Steuer- und Abgabenarten bei Überschreitung der Obergrenzen über 100 Prozent liegen, weil sonst die Akkumulation von immer mehr Reichtum in wenigen Händen nicht gestoppt wird. Dieses Prinzip gilt auch heute schon nominal bei der Erbschaftsteuer, auch wenn es tatsächlich wegen der großen Ausnahmen nicht mehr realisiert wird.

## 6.1 Einkommenssteuer

Alle Einkommensformen sollen einheitlich besteuert werden. Jeder Mensch hat einen Freibetrag in Höhe von 10.000 Euro. Dieser Freibetrag ist bewusst niedrig angesetzt. Dies ermöglicht einen gleitenden Übergang von der Arbeitslosigkeit in Arbeitsverhältnisse (mehr dazu unter Sozialabgaben).

Der Steuersatz steigt progressiv an auf bis zu 90% ab einem Jahreseinkommen von 40 Mio. Euro. Solche Steuersätze sind möglich, wenn auch Einkommen im Ausland in gleicher Höhe besteuert werden. Dieses Prinzip wird aufgrund des internationalen Informationsaustausches in Zukunft wieder möglich sein.<sup>8</sup> Dabei sollen allerdings im Ausland gezahlte Einkommenssteuern und die auf die Gewinne bereits gezahlten Unternehmenssteuern gegengerechnet werden können.

---

<sup>5</sup> Der Begriff „Mittelschicht“ ist missverständlich. Gemeint ist meistens nicht das mittlere Drittel, sondern das 6. bis 9. Dezil der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung. Oberhalb der Mittelschicht befindet sich die Oberschicht (nur 10%). Unterhalb findet sich die Unterschicht, die 50% - die Hälfte der Bevölkerung umfasst.

<sup>6</sup> Untersuchungen ergeben, dass ein Verhältnis von 1:20 allgemein akzeptiert wird. Interessanterweise ist dies das Verhältnis zwischen dem Einkommen einer Geringverdiener\*in und einer Bundeskanzler\*in.

<sup>7</sup> Siehe [Albers ua 2020]

<sup>8</sup> Dies ist möglich, wenn Deutschland oder noch besser die EU den mittlerweile international vereinbarten Informationsaustausch auch gegenüber der USA und ggf. gegenüber anderen nicht kooperierenden Staaten durchsetzt, so dass alle Staaten der Welt den Deutschen Steuerbehörden die Daten für alle deutschen Staatsbürger\*innen liefern müssen. Die USA hat dies mit dem FATCA-Gesetz von Obama bereits getan, liefert aber ihrerseits immer noch nicht alle Daten.

Die unteren Einkommen sollen entlastet werden. Bis 150.000 Euro Jahreseinkommen pro Person liegt die vorgeschlagene Steuer- und Abgabenlast in der Summe niedriger als heute. Die maximale Gesamtbelastung ist so gewählt, dass bei einem Jahreseinkommen über 12 Millionen durch die Einkommenssteuer und die Vermögenssteuer der Einkommenszuwachs begrenzt wird (siehe unten).

**Wertzuwächse**<sup>9</sup> gelten als Einkommen und müssen jährlich deklariert werden. Nach heutigem Recht werden Wertzuwächse nur dann versteuert, wenn die Vermögen veräußert werden. Dies ist bei den großen Vermögen jedoch fast nie der Fall. Sie werden über Generationen weitergegeben. Um eine kontinuierliche Versteuerung sicherzustellen, werden die Steuern bzw. Gutschriften jeweils auf 10 Jahre verteilt. Die Streckung über 10 Jahre bewirkt, dass Wertschwankungen ausgeglichen werden.<sup>10</sup>

**Individualbesteuerung:** Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden, da es reiche Alleinverdiener subventioniert. Es soll mit langfristigen Übergangsregeln durch eine Individualbesteuerung ersetzt werden.

## 6.2 Unternehmenssteuern

Da letztlich alle Einkommen von Unternehmen ihren Besitzern zugutekommen, sind Unternehmenssteuern, soweit die Gewinne im Inland bleiben, nur Vorauszahlungen auf die Einkommenssteuer.

**Die Körperschaftsteuer** soll bei einem Freibetrag von 20.000 Euro mit 10% starten und auf einen Steuersatz von 40% für Unternehmensgewinne von über 1 Mio. Euro anwachsen. Sie kann vollständig auf die Einkommenssteuer angerechnet werden. Sie ist also eine Vorauszahlung, die sicherstellt, dass auch nicht erfasste Einkommen – insbesondere von Ausländern, die an inländischen Unternehmen beteiligt sind – an der Finanzierung des Staates beteiligt werden.

Für **gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Unternehmen** sollen die Steuersätze jeweils um ein Viertel reduziert werden. Der Spitzensteuersatz beträgt dann 30%.

**Gesamtkonzernsteuer (GKS):** Gewinne von internationalen Unternehmen werden weltweit zusammengefasst (Weltbilanz) und dann auf die Länder aufgeteilt, in denen das Unternehmen tätig ist. Grundlage der Berechnung soll eine Formel sein, die den Umsatz, die materiellen Investitionen, die Lohnkosten und bei Digitalkonzernen die Zahl der User berücksichtigt. Die GKS verhindert die Verlagerung von Gewinnen in Steueroasen. Damit wird die Ursache für das Steuerdumping der letzten Jahre beseitigt. Die GKS kann von jedem Land unilateral erhoben werden. Noch besser wäre es, wenn dies die EU übernehmen würde. Die einzige Voraussetzung dafür ist es, dass der internationale Datenaustausch über die Kenndaten internationaler Konzerne funktioniert - was die USA für sich bereits durchgesetzt haben.

**Mindeststeuersätze:** Wir fordern, dass Deutschland sich international für Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne einsetzt, die eine Besteuerung der Gewinne im Rahmen von 20% bis 40% sicherstellen. Der Steuersatz soll progressiv mit der Wirtschaftsleistung pro Kopf ansteigen, da entwickelte Staaten ein höheres Infrastrukturniveau bereitstellen und damit auch Investitionsanreize in weniger entwickelten Staaten gegeben sind. Wenn Gewinne von Konzernen, die in Deutschland tätig sind, im Ausland nicht mit dem Mindeststeuersatz versteuert werden, kann Deutschland diese nachversteuern.

---

<sup>9</sup> Entsprechend Einkommensteuergesetz § 4 Satz 1.

<sup>10</sup> Eine differenzierte Diskussion der Besteuerung von Wertzuwächsen findet sich hier [Jarass 2021]

## 6.3 Vermögenssteuern und -abgaben

Die Vermögenssteuern sollen künftig verhindern, dass die Vermögenskonzentration weiter zunimmt und Vermögen über 20 Mio. Euro schrittweise abgebaut werden.

**Vermögenssteuer (Eigentumssteuer):** Versteuert wird das gesamte weltweite Vermögen nach Marktwert mit einem Abschlag von 30%. Der Freibetrag soll 1 Mio. Euro pro Person betragen. Die gesetzliche Altersversorgung wird nicht angerechnet. Darüber steigt die Vermögenssteuer von 0,5% schrittweise auf 5% bei einem Vermögen von 20 Mio. Euro an, danach progressiv bis zum Spitzensteuersatz von 20% für Milliardenvermögen. Inlandsvermögen von Ausländern werden ebenfalls besteuert.<sup>11</sup>

Die **Erbschaftsteuer** fällt für die Erben an. Alle Vermögen werden gleich belastet, auch Firmenvermögen. Die heutige Freistellung von Firmenvermögen ist ungerecht und unsinnig, denn ein Großteil der Besitzer großer Vermögen hat mit der Firmenleitung nichts mehr zu tun. Die Progression bleibt für Erben 1. Grades in der heutigen Höhe bestehen. Sie steigt aber oberhalb von 5 Mio. Euro weiter auf bis zu 90% für Erbschaften im Milliardenbereich.

Um die **Liquidität der Unternehmen** zu erhalten, gibt es folgende Möglichkeiten:

- Stundung der Steuerschuld mit Ratenzahlung über mehrere Jahre
- Verkauf von Vermögensanteilen
- Steuerpflichtige können die Steuer in Form von Aktien oder anderen Anteilen begleichen.
- Steuerpflichtige können Unternehmensanteile an den Staat als stillen Teilhaber übertragen.

**Besteuerung von Stiftungen:** Stiftungen mit privaten Begünstigten gelten als Eigentum der Begünstigten und werden künftig auch so versteuert. Es gibt keinen Grund dafür, dass Familienstiftungen steuerlich privilegiert werden.<sup>12</sup>

## 7 Sozialabgaben

Die Sozialabgaben spielen eine erhebliche Rolle für die Verteilung der Einkommen. Deswegen schlagen wir eine grundlegende Reform der Sozialsystems vor, damit die allgemeinen Sozialleistungen und die Sozialleistungen für besonderen Bedarf künftig von allen Bürgern entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit getragen werden.

Dementsprechend wird bei den Sozialleistungen künftig unterschieden zwischen den allgemeinen und gleichen Leistungen für alle, den einkommensabhängigen Leistungen und den besonderen Leistungen.

**Allgemeine Sozialleistungen:** Die allgemeinen – für alle Menschen gleichen – Sozialleistungen sollen durch eine **Nationaleinkommensabgabe** in Höhe von 15% auf alle Gehälter und Gewinne finanziert werden. Dabei handelt es sich um folgende Leistungen:

- a) Das Gesundheitssystem – eine einheitliche Bürgerversicherung für alle.
- b) Eine Grundrente von 1000 Euro (alternativ 500 Euro + Wohngeld) im Monat, für alle die ab dem 20. Lebensjahr 40 Jahre in Deutschland gelebt haben, anteilig bei kürzerer Aufenthaltszeit.

---

<sup>11</sup> Die verschiedenen Optionen der Besteuerung des Vermögens von Ausländern werden hier nicht diskutiert. Sinnvoll erscheint uns, dass hierzu eine Quellensteuer erhoben wird. Siehe dazu auch [Krämer u.a. 2021]

<sup>12</sup> Heute führt die Einbringung des Vermögens in eine Stiftung dazu, dass die Erbschaftsteuer in der Praxis meist für eine Generation (30 Jahre) ausgesetzt wird.

- c) Eine Kindergrundsicherung von 400 Euro im Monat
- d) Eine Grundversorgung für Arbeitslose.<sup>13</sup>

Diese Nationaleinkommensabgabe gewährleistet eine einheitliche Belastung aller Einkommen für alle allgemeinen Sozialabgaben, deren Umfang nicht einkommensabhängig ist. Damit entfallen hierfür auch die Beitragsbemessungsgrenzen.

**Einkommensabhängige Sozialleistungen:** Als zweite Komponente des Sozialsystems soll eine **Berufsversicherung** dienen, die eine zusätzliche einkommensabhängige Berufsrente und ein einkommensabhängiges zusätzliches Arbeitslosengeld für maximal 5 Jahre (je nach Einzahlungszeiten) gewährleistet. Diese Pflichtversicherung wird nach dem Äquivalenzprinzip durch eine lineare Abgabe von 10% aufs Bruttoeinkommen nach der Nationaleinkommenssteuer finanziert. Einkommen bis 10.000 Euro sind frei. Bis 20.000 Euro gibt es eine Übergangszone. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt bei 80.000 Euro.

Die Rentenversicherung wird damit nach Schweizer Vorbild in eine Grundabsicherung für alle und eine ergänzende Erwerbstätigenrente zur Sicherung des Lebensstandards aufgeteilt. Die Grundabsicherung wird von allen Einkommen anteilig finanziert. Bei der Erwerbstätigenrente entspricht die Höhe der Rente den Beiträgen.

Der Freibetrag und die Progressionszone sollen die Belastung von Geringverdiener\*innen senken und damit die Arbeitsaufnahme erleichtern, indem die heutige hohe Einstiegsbelastung reduziert wird. Mit dem Arbeitslosengeld für 5 Jahre folgen wir dem dänischen Vorbild. Dies ermöglicht Arbeitslosen mit höherem Einkommen, die Probleme haben, in ihren Beruf wieder einzusteigen, eine Neuorientierung bzw. eine veränderte Lebensplanung.

## 8 Steuervermeidung verhindern

Die immer noch weltweit grassierende Steuervermeidung kann auch national oder auf EU-Ebene durch klare Regeln für Einkommens-, Unternehmens- und Vermögenssteuern wirksam bekämpft werden.<sup>14</sup> Dazu werden zusätzlich Öffentlichkeit und Transparenz, ein wirksames Steuerstrafrecht sowie wirksame und handlungsfähige Steuerbehörden benötigt.

**Maßnahmen gegen Steuerflucht:** Um Steuerflucht zu vermeiden, sollen alle deutschen Staatsbürger, unabhängig vom Wohnsitz, in Deutschland versteuert werden. Jede Bürger\*in und jede Firma sind verpflichtet, alle Einkommen bzw. Vermögen anzugeben und darauf die entsprechenden Steuern zu zahlen. Wer dem entfliehen will, indem er die Staatsbürgerschaft abgibt, soll mit einer Exit-Steuer belegt werden, die dies unattraktiv macht.

Dazu soll der internationale automatische Informationsaustausch der Steuerbehörden gegen alle Staaten – auch gegen die USA – durchgesetzt werden.

---

<sup>13</sup> Die AG Finanzmärkte und Steuern ist sich bewusst, dass es dazu bei Attac unterschiedliche Positionen gibt und an dieser Stelle auch andere Forderungen erhoben werden, vor allen die nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

<sup>14</sup> Saez und Zucman widersprechen entschieden den Behauptungen von interessierter Seite, Steuervermeidung sei national nicht zu verhindern und machen dazu Vorschläge. Insbesondere das FATCA-Gesetz von Obama war erfolgreich und zeigt was möglich ist.

**Amt für Steuergerechtigkeit:** Um eine angemessene Besteuerung sicherzustellen und die Flucht in Steueroasen zu kontrollieren, wird ein Amt für Steuergerechtigkeit eingerichtet.<sup>15</sup> Dieses Amt hat die Kompetenzen von Polizei und Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung von Steuerverstößen. Dabei soll der „Grundsatz der wirtschaftlichen Substanz“ gelten. Jede Form der Vermeidung wird damit illegal, auch wenn sie sich auf Gesetzeslücken stützen kann.<sup>16</sup> Das Amt hat auch die Aufgabe, ausländische Steuerpraktiken zu überwachen und ggf. das Finanzministerium zu beauftragen, wirtschaftliche Sanktionen gegen Steueroasen zu ergreifen.

Das Steuerstrafrecht soll um folgende Punkte erweitert werden:

Die **Missbrauchsklauseln** in der Abgabenordnung (insbesondere § 42) sollen so konkretisiert werden, dass sie Personen und Unternehmen wirksam verbieten, Geschäftsvorgänge oder buchhalterische Maßnahmen mit dem Ziel vorzunehmen, Steuern zu reduzieren oder zu vermeiden.

Ein **Unternehmensstrafrecht**, das die Verfolgung und Bestrafung von Unternehmen ermöglicht, unabhängig vom Nachweis der Schuld von Unternehmensangehörigen. Es sollen Sanktionen bis zum 10-fachen der nicht gezahlten Steuer gegen die Firmen verhängt werden können.

Eine **Managementverantwortung:** Für alle Geschäftsvorgänge müssen verantwortliche Manager benannt werden. Sie machen sich strafbar, wenn sie nicht nachweisen können, dass sie aktiv gegen Steuerverstöße in ihrem Geschäftsbereich vorgegangen sind.

Die **Verjährungsfrist** von Steuerstraftaten soll erst mit der Erklärung der zu versteuernden Tatsachen beginnen, so dass eine Nichterklärung keiner Verjährung unterliegt.

**Whistleblower:** Die Weitergabe von Firmendaten zur Aufdeckung von Straftaten soll grundsätzlich straffrei sein. Whistleblower sollen bei beruflichen Nachteilen Anspruch auf Entschädigung haben.

## 9 Gerechtigkeit in die Verfassung aufnehmen

Bei der Durchsetzung eines Steuersystems, das eine wirksame und gerechte Besteuerung von internationalen Konzernen und eine Umverteilung von Reichtum von Multimillionären hin zu Geringverdiener\*innen vorsieht, ist mit starkem Widerstand zu rechnen. Um die Legislative und Exekutive in diesen Auseinandersetzungen zu stärken, halten wir es für notwendig, die Grundsätze eines gerechten Steuersystems in der Verfassung festzuschreiben.

Wir fordern daher, dass ein konkretes und einklagbares Ziel für ein gerechtes Steuersystem in die Verfassung geschrieben wird. Dieses Ziel sollte sich an der Einkommens- und Vermögensverteilung orientieren, für die es mit dem Gini-Index einen international anerkannten Maßstab gibt.<sup>17</sup> Die Verwirklichung dieses Verfassungsziels wird von einer Kommission überprüft die bei ungenügenden Fortschritten Vorschläge für die Weiterentwicklung des Steuersystems vorlegt.

---

<sup>15</sup> Ein Vorschlag von Saez und Zucman – sie nennen es *Public Protection Bureau*. Die GdP fordert eine Bundesfinanzpolizei, die u.a. Vermögen unbekannter Herkunft sucht.

<sup>16</sup> Dieses Prinzip gilt nach einem Gerichtsurteil in Zusammenhang mit dem Cum-Ex-Skandal in Deutschland schon heute, wird aber leider in der Praxis nicht angewandt.

<sup>17</sup> Der Gini-Index ist einer der meistverwendeten Maßstäbe für Ungleichheit. Da ein relativ niedriger Gini-Index aber auch durch breite Armut und eine reiche Mittelklasse erreicht werden kann, fordern wir einen symmetrischen Index (siehe dazu <https://de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient>).

## Quellen

ATTAC: Steuern, Abgaben und Umverteilung – Position der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern. Gelesen in: [https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\\_upload/AGs/AG\\_Finanzmarkt\\_\\_\\_Steuern/Themen/Grundposition\\_Steuern\\_Attac-AG\\_Fi\\_St\\_2021.pdf](https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Finanzmarkt___Steuern/Themen/Grundposition_Steuern_Attac-AG_Fi_St_2021.pdf), Frankfurt 2022

Thilo Albers, Charlotte Bartels, Moritz Schularick: The Distribution of Wealth in Germany, 1895-2018. Gelesen in: [https://www.econtribute.de/RePEc/ajk/ajkpbs/ECONtribute\\_PB\\_001\\_2020.pdf](https://www.econtribute.de/RePEc/ajk/ajkpbs/ECONtribute_PB_001_2020.pdf)

Facundo Alvaredo, Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman: World Inequality Report 2018, siehe Anlage 5: Vergleich der Einkommensanteile der oberen 10% im Vergleich ab 1980

Karl-Martin Hentschel: Aktuelle Studien zur Ungleichheit des Vermögensbesitzes in Deutschland. Siehe [https://www.sozialoekonomie-online.de/files/archiv/ab%202019:%20Online-Beitraege/ZfS%C3%96-ONLINE\\_Hentschel\\_Studie\\_Verm%C3%B6gensbesitz\\_Deutschland.pdf](https://www.sozialoekonomie-online.de/files/archiv/ab%202019:%20Online-Beitraege/ZfS%C3%96-ONLINE_Hentschel_Studie_Verm%C3%B6gensbesitz_Deutschland.pdf), Heikendorf 2021

Karl-Martin Hentschel: Handbuch Klimaschutz, München 2020

Lorenz Jarass: Fair and Simple Taxation of Wealth: Taxation of Unrealized Capital Gains. In Online Workshops on Wealth Taxation.

Siehe: [http://www.jarass.com/Steuer/C/Wealth\\_Taxation\\_Jarass](http://www.jarass.com/Steuer/C/Wealth_Taxation_Jarass), Wiesbaden 2020

Ralf Krämer und Yannick Schwarz: Vermögensbesteuerung für eine gerechte Zukunftsgestaltung. Gelesen in: <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/vermoegensbesteuerung-fuer-eine-gerechte-zukunftsgestaltung/>, Berlin 2021

Oxfam: 8 Männer besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Nachricht 16.1.2017, in [www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung](http://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung), Berlin 2017

Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert, Verlag C.H.Beck, München 2014

Thomas Piketty: Kapital und Ideologie, Verlag C.H.Beck, München 2020.

Michael J. Sandel: Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt. S. Fischer Verlag, Frankfurt 2020.

Gabriel Zucman, Emmanuel Saez: Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert. Suhrkamp Verlag, Berlin 2020. Hintergrundinformationen und Steuerrechner für die USA in: <https://www.taxjusticenow.org/> - /, gelesen 7.2.2022

WID: World Inequality Database. In <https://wid.world/>, gelesen 4.2.2022